

Beschlussauszug

aus der
Sitzung der Stadtvertretung der Stadt Schönberg
vom 31.01.2023

1/0472/2023

Top 9.1 Sachstandsbericht zur Raumkonzeption der Regionalen Schule mit Grundschule

Herr Korn erteilt Herrn Schmidt (Schulleiter) das Wort.

Herr Schmidt bedankt sich für die Arbeit durch den Stadtarbeiter, Herrn Slotta. Weiterhin führt er die Planungen auf, die seit der letzten Sitzung Gestalt angenommen haben.

Aktuell gilt der Schlüssel 1 Lehrer : 1 Klasse. Es herrscht Personalmangel. Zurzeit sind 4 Stellen ausgeschrieben.

Für die Amtsstraße bedeutet das, dass 6 Lehrer für 6 Klassen vor Ort sind, wobei die Lehrer ohne Unterbrechung arbeiten müssen und selbst keine Pause machen können. In den eigentlichen Pausen übernehmen die Lehrer die Pausenaufsicht. Dazu kommt, dass die Lehrer zwischen den Schulen pendeln müssen, wodurch Sie auch keine Pause haben.

Der aktuelle Plan ist, die Kinder, die in der Amtsstraße beschult werden, mit in den Schulkomplex in die Dassower Straße zu holen. Dort soll die Beschulung dann stattfinden. Das Gebäude in der Amtsstraße soll als Archiv dienen, auch sollen die Räume weitestgehend bestehen bleiben. Das Computerkabinett soll komplett eingerichtet bleiben.

In Vorbereitung zur Sitzung hat Herr Schmidt eine Verteilung der Klassen vorbereitet. Die Planung wird an der Wand dargestellt. Fachräume werden teilweise zu Klassenräumen. Die Klassen 1-4 sollen einen Klassenraum erhalten die Klassen 7-9 sollen keinen festen Klassenraum haben.

Es erfolgt eine Unterbrechung von 15 min, um sich ein Bild von den Räumlichkeiten zu machen.

Nach den Ausführungen machen die Anwesenden folgende Feststellungen:

- Für die Anstellung von neuem Personal ist das Bildungsministerium zuständig. Das Bildungsministerium sollte über die aktuelle Situation informiert werden.
- Durch das Zusammenlegen fehlen die Räumlichkeiten für die volle Halbtagschule. Aufenthaltsräume, Bibliothek fehlen
- Für einen möglichen Anbau/ Neubau möchte man Fördergelder einholen. Eventuell könnte der Fördermittelgeber sagen, dass man ein vorhandenes leeres Gebäude hat, welches man vorrangig nutzen sollte.
- Die Essenversorgung sollte noch einmal überdacht werden. Zwar sieht das vorliegende Konzept eine eventuelle neue Ausschreibung vor, doch konnte Frau Lütgens-Voß vorbringen, dass eine Ausschreibung momentan keinen Erfolg bringen könnte.

Herr Schmidt weiter: Die Bildungsministerin, Frau Oldenburg, hat 120 Schulen mit einer „Brandstelle“ versorgt. Schönberg ist eine davon.

Bei den Stadtvertretern kommt die Frage auf, ob der Elternbeirat, der Hort und die Eltern bereits in die Planung involviert sind.

Herr Schmidt verneint dies eindeutig. Er plant den Hort momentan auch nicht mit ein,

da er einen Bildungsauftrag für die Schüler hat und eine Fürsorgepflicht den Lehrern gegenüber.

Die Stadtvertreter fragen an, ob es ein Konzept für die Amtsstraße gibt oder bereits eine Kostenkalkulation. Auch dies wird seitens von Herrn Schmidt verneint, da dafür die Zeit zu kurz war. Auf die Frage wie lange auf diese temporäre Lösung zurückgegriffen werden muss antwortet Frau Lütgens-Voß, dass man mittelfristig alle Räume an beiden Schulstandorten benötigt (Bau eines neuen Wohngebietes, demografischer Wandel).

Herr Korn teilt hierzu mit, dass er eine Studie in Auftrag gegeben hat, die eine Bevölkerungsprognose, Wohnbedarfsprognose, Schulentwicklungsplanung sowie die regionale Kaufkraft darstellt und ein jährliches Monitoring ermöglicht.

Herr Korn verweist auf den Beratungsgegenstand als Sachstandsbericht und visualisiert den Beschluss der Stadtvertretung vom 22.12.2023. Auszug aus dem Protokoll: „Die Stadtvertretung steht einer temporären Zusammenlegung der Schulstandorte grundsätzlich positiv gegenüber. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Beschlussvorlage mit Möglichkeiten, den kausalen Folgen und den finanziellen Auswirkungen zu erarbeiten. Diese Vorlage wird zwingend zur Sondersitzung der Stadtvertretung am 31. Januar 2023 um 19.30 Uhr in der Aula der Regionalen Schule zur Beschlussfassung benötigt. Der Schulleiter soll eingeladen werden.“ Da dieser Beschluss noch nicht vollumfänglich umgesetzt wurde, soll das Thema am 23.02.2023 erneut beraten werden.